

Wahlprüfsteine

Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V.

Mit der Novelle des Hess. Schulgesetzes wurde „Finanzbildung und Verbraucherschutz“ als Aufgabengebiet der besonderen Bildungs- und Erziehungsaufgaben der Schulen definiert. Welche Maßnahmen planen Sie, damit Schüler mehr Kompetenzen in den beiden Teilgebieten der Ökonomischen Bildung erwerben?

Antwort: Wir Freie Demokraten begrüßen, dass Finanzbildung und Verbraucherschutz, zwei Teilgebiete der ökonomischen Bildung, als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgabe Eingang ins Schulgesetz gefunden haben.

Gleichwohl gilt: Papier ist geduldig. Der gesetzlich verankerte Vorsatz muss in der Praxis mit Leben gefüllt werden.

Wir wollen Lehrmaterialien und Informationen zur ökonomischen Bildung bündeln und den Schulen über die digitalen Plattformen zur Verfügung stellen. Dabei sollte auch eine Schnittstelle zum geplanten Portal des Bundes geprüft werden.

Die Themengebiete Wirtschaft und Finanzen müssen im PoWi-Unterricht weiter gestärkt werden. Dafür wollen wir die Kerncurricula überarbeiten und nicht mit zahlreichen Einzelthemen überfrachten: Kern der Überarbeitung sollte die Konzentration auf die Vermittlung ökonomischer Grundkompetenzen und Konzepte sein. Schülerinnen und Schüler sollen ein Grundverständnis über das Zusammenwirken von Unternehmen, privaten Haushalten und dem Staat in einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft entwickeln. Daneben sollte auch die praktische Anwendbarkeit in den Blick genommen werden.

Neben einem Ausbau des Fortbildungsangebots ist die Einbindung außerschulischer Akteure für uns Freie Demokraten ein wichtiges Werkzeug, um verschiedene Themen in den Schulen besser vermitteln zu können. Dies gilt insbesondere auch im Bereich der ökonomischen Bildung. Kooperationen mit außerschulischen Akteuren wollen wir daher ausbauen.

Die Arbeit des Netzwerks Ökonomische Bildung werden wir in weiter unterstützen.

Wenn die notwendigen Voraussetzungen wie insbesondere die Verbesserung der Lehrkräfteausbildung geschaffen wurden, wollen wir es den Schulen zudem ermöglichen, das Fach Politik und Wirtschaft auf zwei Fächer aufzuteilen.

Im März 2023 stellten die Bundesbildungsministerin und der Bundesfinanzminister „Eckpunkte für finanzielle Bildung“ vor. Wie stellen sie sicher, dass Schulen zukünftig in eine nationale Finanzbildungsstrategie integriert werden und Zugang zu finanzieller Bildung erhalten?

Antwort: Die nationale Finanzbildungsstrategie ist ein wichtiger Impuls aus der Bundespolitik, den wir außerordentlich begrüßen. Deutschland war nach 16 Jahren unionsgeführter Bundesregierung das einzige OECD-Land ohne nationale Finanzbildungsstrategie - diesen Zustand haben Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger und Bundesfinanzminister Christian Lindner gemeinsam beendet. Da Bildungspolitik in den originären Zuständigkeitsbereich der Bundesländer fällt, ist es jetzt dringend notwendig, die ökonomische Bildung in Hessen ernsthaft anzugehen.

Was planen Sie, um die Berufsorientierung an Schulen zu stärken und frühzeitig ein Matching von Neigungen, Fähigkeiten und Wünschen der Schülerinnen und Schüler mit den Möglichkeiten des Bildungssystems und den Anforderungen des Arbeitsmarktes zu erreichen?

Antwort: Wir Freie Demokraten wollen die Berufsorientierung und -beratung in allen Bildungsgängen intensivieren, damit die Quote derer, die eine Ausbildung beziehungsweise ein Studium abbrechen, möglichst gering ist. Sie sollte praxisorientiert und in Kooperation mit außerschulischen Partnern in Wirtschaft und Verwaltung gestaltet und fest in der schulischen Biografie verankert werden.

Berufsorientierung und -beratung müssen rechtzeitig über Ausbildungsmöglichkeiten informieren und diese auch ausprobieren lassen. Auch die Vernetzung der allgemeinbildenden mit den beruflichen Schulen sollte in diesem Zusammenhang verbessert werden. Da immer mehr Eltern höhere Bildungsabschlüsse für ihre Kinder anstreben, sind diese frühzeitig einzubeziehen und auf Anschlussmöglichkeiten hinzuweisen. Dabei soll die Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher (Aus)Bildung betont werden. Um mehr Einblicke ins Berufsleben zu ermöglichen, wollen wir die Anzahl der Praktika erhöhen und insbesondere freiwillige Zusatzpraktika z. B. zwischen Notenschluss und Schuljahresende erleichtern.

Die Oebix-Studie aus dem Jahr 2021 hat Optimierungspotenziale vor allem in der Wirtschaftslehrkräftebildung in Hessen identifiziert. Wie beabsichtigen Sie die Wirtschaftslehrkräftebildung in Hessen an die fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Erfordernisse anzupassen?

Antwort: Wir Freie Demokraten nehmen die Ergebnisse der Oebix-Studie als Handlungsauftrag wahr. Wir fordern daher die Einrichtung eines wirtschaftsdidaktischen Lehrstuhls in Hessen, der so adäquat ausgestattet ist, dass hier auch eine Koordinierungsfunktion für die ökonomische Bildung in Hessen insgesamt stattfinden kann. So kann gerade den fachdidaktischen Erfordernissen besser Rechnung getragen werden.

Was ist an Fort- und Weiterbildungen geplant, um Lehrkräfte für die oben genannten Themenbereiche wie finanzielle Allgemeinbildung und Berufsorientierung zu qualifizieren?

Antwort: Die Grundlage guter Bildung sind gut ausgebildete Lehrkräfte und ein breites und qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot. Wir wollen das Fortbildungsangebot im Bereich der ökonomischen Bildung ausweiten, um die Vermittlung ökonomischer Bildung an den Schulen zu verbessern. Mit Blick auf die Stärkung von Fortbildungsmöglichkeiten insgesamt fordern wir eine/n Fortbildungsbeauftragte/n an jeder Schule sowie eine Erhöhung des Fortbildungsbudgets, um auch private Angebote angemessen miteinbeziehen zu können. Auch um die Bereitschaft der Lehrkräfte, an Fortbildungen teilzunehmen, weiter zu steigern, sollen Leistungsanreize im Dienstrecht geschaffen bzw. genutzt werden.